

13.03.22

EnBW macht ernst - Brisanter Atommüll kommt jetzt nach Horrheim!

Der Einbau von freigegebenem AKW-Bauschutt auf die Deponie Horrheim ist ein Gesundheitsrisiko

Das unumkehrbare Ende der Nutzung der Atomkraft mit all seinen Risiken, wie aktuell in der Ukraine sichtbar, und der Rückbau der AKWs ist überfällig. Aber wer trägt die Spätfolgen? Für mittel- und hochradioaktive Abfälle gibt es weiterhin kein Endlager. Und die Verteilung von weniger strahlendem „freigemessenem Atom-Müll“ auf Deponien mit unkalkulierbaren Restrisiken ist unter Experten deutschlandweit weiter umstritten und mit Rechtsklagen belegt.

Lange war es angekündigt, dass der Neckarwestheimer AKW-Betreiber EnBW und das Baden-Württembergische Umweltministerium darauf bestehen, dass zumindest die gering radioaktiven Abfälle auf die Bauschuttdeponien der Landkreise verteilt werden, in denen sich das AKW befindet. Die heftigen breiten Bürger:innen- und Gemeindeproteste in Schwieberdingen, Horrheim und Ludwigsburg wurden nicht konstruktiv aufgearbeitet sondern nur ausgesessen.

Die Ablehnung innerhalb der Bevölkerung ist groß, nicht nur bei den Anwohner:innen der Deponiestandorte Schwieberdingen und Horrheim, sondern deutschlandweit. In den Gemeinderäten der Deponie-Standorte und auch dem Kreistag liegen Beschlüsse vor, die eine Ablehnung dieser Vorgehensweise eindeutig formulieren und eine konstruktive Suche nach alternativen besseren Entsorgungsmöglichkeiten fordern.

Dierk-Christian Vogt von der Interessengemeinschaft Deponien Schwieberdingen-Horrheim warnt weiter: Es gibt keinen Schwellenwert, ab dem radioaktive Abfälle medizinisch unbedenklich sind. Monika Leder aus der gleichen Gruppe erinnert an die immer wiederholte, aber nie ernsthaft von den Verantwortlichen geprüfte Forderung: Lasst diese gering radioaktiven Abfälle bei den AKWs gesichert vor Ort, denn die Gesellschaft hat sich schon längst von der Illusion der „Grünen Wiese“ nach dem Rückbau der AKWs verabschiedet. So bliebe die Radioaktivität unter der dauerhaften staatlichen Atomaufsicht und würde nicht über Deponien in ganz Deutschland und über das Beton- und Metallrecycling gering radioaktiver Abfälle überallhin verteilt und in unseren alltäglichen Gebrauch Eingang finden.

Haben der alte und der neue Landrat und der Kreistag denn wirklich den eindeutigen Auftrag des Kreistagsbeschlusses erfüllt und die Prüfung von alternativen Entsorgungswegen ernsthaft intensiv verfolgt? Der Öffentlichkeit sind sie diesen Nachweis bislang schuldig geblieben. Jetzt müssen ihre Aktivitäten transparent offengelegt werden!

Karl Bendel betont, dass durch den breiten Widerstand durch alle Bevölkerungsschichten, Parteien und Gemeinderäte und -verwaltungen sich immerhin greifbare Verbesserungen ergeben haben: Im Gegensatz zu den ersten Lieferungen aus Karlsruhe, von denen nicht mal bekannt ist, wo genau sich was befindet, gibt es jetzt eine sehr detaillierte Ludwigsburger AVL-

Handlungsanweisung, wie der gering radioaktive Müll eingebaut, wie dabei eine gefährliche Staubentwicklung vermieden, wie seine Lage dokumentiert werden soll und wie dessen Strahlenbelastung mittelfristig überwacht wird. Wir konnten zwar nicht verhindern, dass der Müll jetzt hier eingebaut wird, wir haben aber zumindest dazu beigetragen, dass damit etwas verantwortungsvoller umgegangen wird.

Auch wenn der erste Tabubruch des Einbaus dieser kritischen Abfälle im Landkreis Ludwigsburg nun gewagt werden soll: Der Protest reißt nicht ab und die Forderung nach Prüfung und politischem Willen der Umsetzung von alternativen Entsorgungswegen, wie sie der staatliche Strahlenschutz eigentlich einfordert, wird nicht verklingen. Die Deponieanwohner*innen denken in längeren Dimensionen, als die Atomlobbyisten und -verwalter und die „Umwelt“minister, die uns das eingebrockt haben.

Wir werden die Entscheidungsträger bei Störfällen an ihre Verantwortung erinnern und kostenintensive Umlagen für die Kreisbürger:innen verhindern. Das bisherige Motto der Verantwortlichen „freimessen, einlagern und vergessen“ wird nicht lange tragen.

Die Schwieberdinger Deponie wird erst sicherer, wenn der Einbau kritischer Abfälle gestoppt ist. Wir erinnern an die Zusage von Landrat Dr. Haas, dass dies im Jahre 2025 der Fall sein wird und weisen den heutigen Landrat daraufhin hin, dass bei der Suche eines neuen Deponiestandortes die Glaubwürdigkeit der Kreisverwaltung an erster Stelle stehen wird.



v.i.S.d.P.R. Dr. Dierk-Christian Vogt

www.froschgraben-freigemessen.de